



Das Experiment

VERKEHR Die Abgasversuche der Automobilindustrie an Menschen und Tieren stoßen auf Empörung im Bundestag

Qualmender Auspuff: Die Abgasbelastung wird zu einem immer größeren Problem in den Städten.

© picture-alliance/Patrick Pleul/2B

Abgas-Versuche am Tier – und dann gar noch an Menschen: „Wie verkommen müssen Verantwortliche in den Unternehmen sein?“, fragte Oliver Krischer (Grüne). Entsprechend lautete die Überschrift, unter der seine Fraktion eine Aktuelle Stunde im Bundestag verlangt hatte: „Haltung der Bundesregierung zu Abgasversuchen an Menschen und Affen.“ Beides in Zusammenhang zu bringen: Ins dieses Horn stieß freilich nur noch die Linksfraktion. Überwiegend ging es in den Debattenbeiträgen am Freitag um eine differenzierte Betrachtungsweise.

Einhellig fiel die Empörung aus über den Versuch an Affen in den USA – in Auftrag gegeben von der (inzwischen aufgelösten) Europäischen Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT), einer von VW, Daimler und BMW getragenen Institution. Das Vorgehen sei eine „absolut inakzeptable ethische Entgleisung“ gewesen, betonte der geschäftsführende Verkehrsminister Christian Schmidt (CSU). Ihm fehle dafür „jedes Verständnis“. Der Automobilindustrie riet er „dringend“ dazu, „schleunigst eine Trendwende“ einzuleiten und „Vertrauen durch Transparenz zurückzugewinnen“. Krischer nannte die Versuche „widerlich“ und „skrupellos“. Und hob mit diesem Be-

fund auf den Versuch mit den Primaten ab, aber auch auf die von der EUGT mitfinanzierte Studie der Technischen Universität Aachen mit Menschen. Krischer hielt der Bundesregierung vor, es sei „bigott“, wenn sie sich über die Tierversuche empöre, aber zulasse, dass die Automobilindustrie „mit Tricksen und Täuschen“ in Deutschland ein „Realexperiment mit 80 Millionen Menschen“ durchführe. Die Regierung müsse die Hersteller dazu drängen, dass auf ihre Kosten sieben bis acht Millionen Diesel-Fahrzeuge, die die Grenzwerte nicht einhalten, nachgerüstet werden. Zudem sei die Einführung der blauen Plakette notwendig, damit die Kommunen endlich handeln könnten.

Tiere gequält Kirsten Lühmann (SPD) gab zu bedenken, dass bei der Festlegung der vorgeschriebenen Grenzwerte auch wissenschaftliche Befunde zugrunde gelegt worden seien, die auf Tierversuchen etwa mit Ratten fußen. Der „Skandal“ bei dem Versuch an Affen sei, dass die Tiere „ohne Erkenntnisgewinn gequält“ worden seien. Versuche mit Erkenntnisgewinn seien jedoch legal und müssten weiter möglich sein, meinte sie mit Verweis auf die notwendige Freiheit von Lehre und Forschung. Dabei müssten Entscheidungen über Grenzfälle genau abgewogen werden – etwa, ob es auch andere Möglichkeiten gebe. Sie setzte sich für eine „öffentlich zugängliche Datenbank“ über Tierversuche ein, damit Doppelungen vermieden würden. Lühmann hielt es als Sofortreaktion auf die angeprangerten Versuche für „sehr effektiv“, wenn es zu „mehr Transparenz beim Lobbying“ durch

ein Lobbyregister komme. Wenn in Berichten über Versuche von vornherein mitgeteilt werde, wer sie finanziert hat, könne ein PR-Effekt vermieden werden.

Detlev Spangenberg (AfD) hielt den Grünen vor, sie hätten die Debatte unter einen „reißerischen Titel“ gestellt und dabei „zwei Sachverhalte vermischt“. Ausgangspunkt der Untersuchung in Aachen sei es gewesen, Grenzwerte für die Stickoxid-Belastung an Arbeitsplätzen zu forschen. 25 Personen seien unterhalb der gültigen Grenzwerte eine Stunde lang reinem Stickoxid ausgesetzt worden: „Es waren keine Abgase. Es war Gas.“ Die Ethikkommission habe dem Versuch zugestimmt, weil damit keine gesundheitlichen Schäden für die – freiwilligen – Teilnehmer verbunden gewesen seien. Den Kritikern des Versuchs hielt er vor, „einen Skandal aufzubauen, der ohne Substanz ist“. Das Aachener Vorgehen sei legal gewesen. „So ist die Rechtslage.“

Judith Skudely (FDP) machte „bei aller berechtigten Empörung“ durchaus „politischen Beifang“ aus, nämlich im Fall Aachen die „Kritik an der Wissenschaft- und Forschungsfreiheit“. Es sei beim Aachener Versuch um „zusätzlichen Gesundheitsschutz“ gegangen – eben mit Genehmigung der Ethikkommission. Ein Versuch könne „nicht schon deshalb unethisch sein, weil er von der Privatwirtschaft finanziert wird“. „Weder ethisch nachvollziehbar noch duldsam“ sei demgegenüber der Versuch an den Affen gewesen, meinte sie. Und fragte: „Warum schon wieder VW?“ Das Unternehmen habe aus dem Abgaskandal „nichts dazugelernt“. Vorstandschef Matthias Müller müsse sich auch von den Aktionären fragen

lassen: „Kann er es nicht oder will er keine Transparenz herstellen?“ Die Zukunft Deutschlands liege in Fortschritt und Forschung. Sie gelte es zu verteidigen.

Ingrid Remmers (Linke) nannte die Versuche an Tieren und Menschen „erbärmlich“. Der Bundesregierung hielt sie „Ignoranz“ gegenüber den Herstellern vor: „Wir alle werden zu Versuchstieren in Abgas-Untersuchungen gemacht.“ Die Folge seien Asthma, Krebs und Kreislauferkrankungen. Die Industrie setze die Menschen „bewusst“ den gesundheitlichen Risiken aus. Das sei „strafbar“. Entsprechende gesetzliche Regelungen seien unverzichtbar. „Hören Sie auf, mit der Autoindustrie zu kuscheln.“ Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, die Automobilindustrie stehe über dem Gesetz.

Steffen Bilger (CDU) machte geltend, die Wissenschaft müsse bei Einhaltung ethischer Grundsätze der Wahrheitsfindung dienen und dürfe „nicht zu Werbung oder Marketingzwecken missbraucht“ werden. Doch „Hysterie“ sei „völlig unangemessen“ und werde wohl erzeugt „weil sie ins politische Konzept passt“. Die gerade veröffentlichten Ergebnisse mit einem Rückgang der Stickoxid-Belastung in Städten zeige: „Wir sind auf einem guten Weg.“ Die Union grenzte Bilger zu den Grünen ab: „Wir sind für alle Menschen da“ – für Pendlern, Handwerker, den Erhalt der Arbeitsplätze. Die blaue Plakette sei nur ein „anderer Begriff für ganzjähriges Fahrverbot für Millionen von Autofahrern“. Er rief zu allen Anstrengungen auf, neue Wege in der Mobilität zu gehen. Sie müssten auf „festen moralischen und ethischen Grundpfeilern ruhen.“

Franz Ludwig Averdunk

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

FDP scheitert mit EWF-Antrag

HAUSHALT Die Pläne der EU-Kommission für einen Europäischen Währungsfonds (EWF) haben vergangenen Donnerstag zu scharfen Debatten im Bundestag geführt. Ein Antrag der FDP (19/582), wonach der EWF als Fortentwicklung des völkerrechtlich angelegten Europäischen Stabilitätsmechanismus nicht ins Unionsrecht überführt werden dürfe, fand keine Mehrheit. CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen stimmten dagegen, die AfD und die FDP dafür. Die Linke enthielt sich.

Den zweiten FDP-Antrag mit der Forderung nach Stärkung der fiskalpolitischen Regeln Europas sowie der Verhinderung einer Transferunion (19/583) überwies das Parlament zusammen mit Anträgen der AfD (19/593) und der Linken (19/579) zur weiteren Beratung an den Haushaltsausschuss. Der Wunsch der AfD, ihren Antrag stattdessen namentlich abstimmen zu lassen, wies der Bundestag mit der Mehrheit der übrigen Fraktionen bei Enthaltung der FDP zurück.

AfD und FDP argumentieren, dass der Vorschlag der EU-Kommission die Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit verletze und entsprechend gerügt werden müsse. Die unionsrechtliche Grundlage, die die Kommission anführe, greife nicht. Die FDP verweist in

ihrem Antrag dazu auf ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages. Die AfD führt Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts an. In ihrem zweiten Antrag schlägt die FDP eine modifizierte Form des EWF vor. So sollen eine „Transferunion“ verhindert und die EU-Fiskalregeln gestärkt werden. Grundprinzip des EWF müsse die fiskalpolitische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten sein. Die politische Verantwortung für den EWF und seine Finanzierung solle bei den nationalen Regierungen und Parlamenten liegen, der Einfluss der EU-Kommission eng begrenzt bleiben. Die Fraktion fordert einen „uneingeschränkten Parlamentsvorbehalt“ bei möglichen Finanzhilfen. Die Linke lehnt den EWF ab und will öffentliche Investitionen stärken und den Finanzsektor regulieren. Auf eine Bankenrettung und „unsoziale Strukturreformen“ will sie verzichten. Stattdessen solle sich die Bundesregierung in Brüssel für eine EU-weit koordinierte einmalige Vermögensabgabe für Millionäre und einen Schuldenschnitt für überschuldete Staaten einsetzen. Die Bundesregierung solle zudem die Binnennachfrage stärken, um die „chronischen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands wirksam zu reduzieren.“ scr ll

Banken sind noch ein Risikofaktor

FINANZEN Bei der Beurteilung der angestrebten europäischen Bankenunion gehen die Meinungen der Fraktionen weit auseinander. In einer von der FDP-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde in der vergangenen Woche warf Bettina Stark-Watzinger (FDP) der Bundesregierung vor, sich von der Verknüpfung von Risiko und Haftung, einem Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft, zu verabschieden: „Risikoteilung hat heute Vorrang vor dem Prinzip der Risikovermeidung.“ Ein aktuelles Beispiel sei die „Roadmap“ der EU-Kommission zur Überführung der nationalen Einlagensicherungsfonds in einen europäischen Fonds. Antje Tillmann (CDU) erläuterte, „dass Steuerzahler nur in Ausnahmefällen für Abwicklungsfonds bezahlen müssen“. Der Abwicklungsfonds sei bereits zu einem Drittel angespart, die Einleger seien erheblich besser geschützt. Es müssten weitere Schritte folgen, „und der wichtigste Schritt ist Risikoreduzierung“, sagte Tillmann mit Blick auf notleidende Kredite in den Bankbilanzen. Für die SPD-Fraktion unterstrich Ingrid Arndt-Brauer, dass Risiko und Haftung zusammengehören würden. Sie erinnerte an den Abwicklungsfonds und die vorrangige Heranziehung von Anteilseignern und Gläubigern und darauf, dass es keine Gemeinschafts-

haftung der EU-Länder für den Abwicklungsfonds gebe. „Das war uns allen sehr wichtig“, sagte Arndt-Brauer.

„Nein sagen ist keine Lösung“, sagte Gerhard Schick (Grüne). Es gehe bei der Bankenunion nicht um die Vergemeinschaftung von 950 Milliarden Euro an faulen Krediten in Europa. Vielmehr gehe es darum, Risiken zu reduzieren und das System stabiler zu machen.

Fabio de Masi (Linke) sagte, auch zehn Jahre nach Beginn der Finanzkrise sei das zentrale Problem nicht gelöst: „Große Universalbanken sind immer noch zu groß und zu vernetzt zum Scheitern und werden wieder Steuerzahler erpressen.“ Das Volumen des europäischen Abwicklungsfonds, der in fünf Jahren 55 Milliarden Euro umfassen solle, werde nicht ausreichen. Die europäischen Bankenrettungen hätten 592 Milliarden gekostet.

Harald Weyel (AfD) verglich die FDP mit einem „reuen Sünder“. Es sei aber die FDP gewesen sei, die sich schon gegen die Anfänge der heutigen Entwicklung nicht zur Wehr gesetzt und allen Euro-Rettungsmaßnahmen zugestimmt habe. Europäische Landwirtschafts-, Kohäsions- oder andere EU-Fonds „waren und sind nur eines: gigantische Mausefallen für den deutschen Steuerzahler.“ hle ll

Grüne wollen klare Zuständigkeiten

DIGITALISIERUNG Der digitale Wandel muss politisch gestaltet werden. Auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner konnten sich während der Debatte zu einem Antrag der Grünen (19/588) am vergangenen Donnerstag alle Fraktionen verständigen. Uneins war man sich jedoch bei der Frage, wie die künftige Digitalisierungspolitik aussehen soll.

Anna Christmann (Grüne) zeichnete ein düsteres Bild vom Ist-Zustand. Deutschland, so beklagte die Grünen-Abgeordnete, sei in Sachen Digitalisierung „immer noch ein Entwicklungsland“. Schuld daran sei die Politik der großen Koalition, deren Digitale Agenda größtenteils aus Ankündigungen bestanden habe. In ihrem Antrag fordern die Grünen „klare Zuständigkeiten in der Bundesregierung und eine kohärente Digitalisierungsstrategie“.

Aus Sicht von Axel Knoerig (CDU) ist die Digitalisierung eine Querschnittsaufgabe, weshalb dem digitalen Wandel „in allen Ressorts der entsprechende Schwerpunkt gegeben wird“. Probleme bei der Breitbandversorgung räumte Knoerig ein. Hier seien die Unternehmen in der Pflicht, „einhundert Prozent der Fläche auszubauen“. Auf die Forderung der Grünen nach einem Vorrang für Glasfaser eingehend sagte

er, das bedeute nicht, nützliche Übergangstechniken wie Vectoring – also die Optimierung von Kupferleitungen – abzuschaffen. Beim Ausbau des Netzes müsse „endlich und ausschließlich“ auf Glasfaser gesetzt werden, befand hingegen Falko Mohrs (SPD). Benötigt würden zudem 5G-Funknetze als Standard und im Bildungsbereich ein „Herausführen der Schulen aus der Kreidezeit“.

Uwe Kamann (AfD) sagte, als Folge des digitalen Wandels würden voraussichtlich hunderttausende Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren. „Eine Volkswirtschaft, die es nicht schafft, rechtzeitig die notwendigen Weichen zu stellen, nimmt leichtfertig in Kauf, dass der Kampf um die verbleibenden Arbeitsplätze die Gesellschaft spaltet“, warnte er. Manuel Höferlin (FDP) kritisierte, in der Vergangenheit habe es Streit und Abstimmungsprobleme zwischen den mit der Digitalisierung befassten Ressorts gegeben. „Daher haben wir die Etablierung eines Digitalisierungsministeriums vorgeschlagen“, sagte er. Das schnelle Internet zum Grundrecht und Teil der Daseinsvorsorge zu machen, verlangte Anke Domscheit-Berg (Die Linke). „Glasfaser statt Kupfer“, forderte sie. hau ll

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Geb. 464 S., 1. Abb., € 38,- | 978-3-86654-371-9 | Auch als E-Book erhältlich

Ute Daniel

Beziehungsgeschichten

Politik und Medien im 20. Jahrhundert

Hamburger Edition

Korumpieren Politiker die Medien oder die Medien die Politik? Sind die Medien kritische Wächter der Demokratie oder Vertraute der Politik?

Die Historikerin Ute Daniel zeigt, wie unvorhersehbar und kontextabhängig das Kräftespiel beider Seiten ist – und dass dessen vergangene Ausprägungen oft gar nicht so vergangen sind.

Leseprobe und Bestellung: hamburger-edition.de

Hamburger Edition

Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Segeln auf der Aufschwungswelle

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT Der Bundestag diskutiert über die gute Lage

Die Zahlen sprechen für sich: Ein Wachstum der Wirtschaftsleistung um 2,2 Prozent, ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen um eine knappe halbe Million, gesunkene Arbeitslosenzahlen – und die Prognosen sehen noch besser aus. „Es spricht einiges dafür, dass sich der Aufschwung fortsetzt“, sagte eine sichtlich gut gelaunte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) am Freitag im Deutschen Bundestag bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts 2018 (19/580). Für das laufende Jahr erwartet die Regierung ein Wachstum von 2,4 Prozent, gestärkt durch eine solide Konsumnachfrage im Inland.

Dies sei eine gute Ausgangslage, um in Innovationen zu investieren, sagte Zypries und erwähnte die geplante steuerliche Forschungsförderung, auf die sich die Verhandlungspartner einer möglichen neuen Großen Koalition entgegen dem Rat der

Sachverständigen geeinigt hätten. Letzterer erwartet laut seinem Gutachten für 2018 (19/80) ein Wachstum von 2,2 Prozent. „Die finanzpolitische Lage in Deutschland ist derzeit gut“, stellen die Experten fest und verweisen auf einen erwarteten gesamtstaatlichen Überschuss von 31,3 Milliarden Euro für 2017. Es wäre der höchste Gesamtüberschuss von Bund, Ländern und Gemeinden seit der Wiedervereinigung.

„Deutschland steht so gut da wie lange nicht, vielleicht wie noch nie“, bilanzierte der CDU-Abgeordnete Joachim Pfeiffer. Er verwies darauf, dass es nun an der Zeit sei, verstärkt in Verkehrs- und digitale Infrastruktur zu investieren. Der AfD-Abgeordnete Leif-Erik Holm bezweifelte zwar nicht die gute Bilanz, sah dahinter allerdings vor allem die Politik der Europäischen Zentralbank. Er kritisierte deren Zinspolitik. Für die FDP erklärte

hingegen Michael Theurer, Angst und Abschottung zögen keine Fachkräfte an. Er machte mehr Impulse für qualifizierte Arbeitskräfte und für den digitalen Wandel an, genauso wie die Grünen-Abgeordnete Kerstin Andreae. Deutschland verschlefe seine Zukunft, sagte sie auch unter Verweis auf Investitionen in die Energiewende. Außerdem müsse mehr auf Chancengleichheit im Land geachtet werden – ein Appell, den zuvor Klaus Ernst (Die Linke) unterstrichen hatte. Ernst vermisste in dem Bericht eine Thematisierung der aus seiner Sicht mangelhaften Verteilung. Deutschland habe den größten Niedriglohnsektor in Westeuropa; ein Teil der Beschäftigten werde bei der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mitgenommen.

Beide Vorlagen wurden zur weiteren Beratung an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen. pez ll